Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1339. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 107. Sonnabend, 9. Mai 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben, 25 Gold-Pfennige, die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Wahl Hindenburgs für gültig erklärt.

Berlin. (Funkspruch.) **Das Wahlprüfungsgericht der Wahl des Reichspräsidenten hat am Freitag um 10¼ Uhr abends beschlossen, die am 26. April erfolgte Wahl des Feldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten zu billigen. Die vorgebrachten Beschwerden haben sich als solche erwiesen, daß auch, wenn ihre Richtigkeit bewiesen würde, sich das Ergebnis selbst nicht erschüttern würde. Infolgedessen ist die Wahl für gültig zu erklären.**

Parlamentarische Verhandlungen.

WTB. Es herrscht in den parlamentarischen Kreisen kein Zweifel mehr daran, daß in dem Augenblick des Amtsantrittes des neuen Reichspräsidenten von Hindenburg eine möglichst klare innenpolitische Situation vorhanden sein muß. Die von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum eingeleiteten Schritte zu einer Verständigung zwischen den Mittelparteien und der Rechten haben schon jetzt zu sehr eifrigen parlamentarischen Unterhandlungen geführt, die gegenwärtig völlig das Interesse der maßgebenden Führer im Reichstag beherrschen. Die Fraktionen haben natürlich zu den Erörterungen der Parteiführer noch nicht Stellung nehmen können, da man vorläufig inoffiziell und unverbindlich verhandelt. Wie wir hören, wird ein positives Ergebnis in der nächsten Woche zu erreichen sein, da bis dahin der neue Reichspräsident von Hindenburg mit den Parteiführern in Fühlung treten wird, um, wie mitgeteilt wird, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, damit dem innenpolitischen Zwist die Schärfe genommen wird. Unser parlamentarischer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, Führer verschiedener Parteien zu sprechen und sie über die künftige innenpolitische Entwicklung zu befragen. In den Kreisen der bürgerlichen Parteien äußerte man dabei die Auffassung, daß die besten Aussichten auf eine Milderung der innenpolitischen Atmosphäre vorhanden seien. Weder die Rechtsparteien noch die Mittelparteien hätten zur Zeit ein Interesse daran, den Kampf von neuem aufleben zu lassen und Regierungskrisen heraufzubeschwören, die nur unter den denkbar größten Schwierigkeiten gelöst werden könnten. Wenn die Sozialdemokratie darauf verzichte, ihre hartnäckigen Angriffe gegen das gegenwärtige Reichskabinett fortzuführen, so könne man die Erwartung hegen, daß die parlamentarischen Arbeiten der nächsten Monate reibungslos zu Ende geführt werden können. Für die Regierung Luther werde es eine außerordentliche Stärkung bedeuten, wenn sie die außenpolitischen Verhandlungen, die jetzt bevorstehen, durchführen könne, ohne innenpolitischen Schwierigkeiten ausgesetzt zu sein. Dadurch würde die Verhandlungsfähigkeit des deutschen Reichskabinetts außerordentlich gefördert werden. Im Lager des Zentrums legt man großen Wert darauf, daß irgendwelche innenpolitische Streitfragen, insbesondere Verfassungsfragen unter keinen Umständen aufgerollt werden. Wenn die Regierung Luther die bisherige Linie in der inneren Politik beibehalte, so seien begründete Aussichten dafür vorhanden, daß das Zentrum seine bisherige Zurückhaltung aufgibt und an der Regierungsverantwortung regeren Anteil nimmt.

Reichskanzler Dr. Luther wird vor seiner neuerlichen Reise zu Generalfeldmarschall von Hindenburg nochmals Gelegenheit nehmen, maßgebende Parteiführer zu sprechen. Der Kanzler hofft, daß es ihm möglich sein wird, dem neuen Reichspräsidenten bestimmte Vorschläge über die Vereinigung der innenpolitischen Situation zu unterbreiten. Da man auch in demokratischen Kreisen Neigung besitzt, den innenpolitischen Kampf abzubrechen, so könnte in einigen Monaten immer noch die Möglichkeit geschaffen werden, die Regierung Luther auf eine rein parlamentarische Basis zu stellen und ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zu schaffen. Die Entwicklung hängt jedoch davon ab, inwieweit es den Bemühungen der Deutschen Volkspartei gelingen wird, eine Annäherung zwischen der Rechten und den Linksparteien herbeizuführen.

Hindenburgs Dank an Hannover.

)(**Hannover.** Generalfeldmarschall v. **Hindenburg** hat an den **Bürgermeister Frick** nachstehendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Ihnen als dem Vertreter der mir seit langer Zeit so liebgewordenen Stadt Hannover, spreche ich meinen allerherzlichsten Dank aus für Ihr so freundliches Schreiben vom 5. ds. Mts. und den herrlichen Blumenstrauß, der Ihr Schreiben begleitete. Mit besonderer Dankbarkeit begrüße ich die große Freundlichkeit, die mir die Stadt dadurch erweist, daß sie mir mein Haus weiter zur Verfügung stellt. Ich hoffe, öfter in den Mauern des schönen Hannover einige ruhige Tage verleben zu können. Die Stadt, in der meine geliebte Frau ihre letzte Ruhestätte fand, ist mir eine zweite Heimat geworden. Meinen Dank schließ ich für Ihre so freundlichen Wünsche. Möge mit Gottes Hilfe meine Amtsführung dem deutschen Volke zum Segen gereichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung und den herzlichsten Grüßen an Sie, den gesamten Magistrat und alle meine Mitbürger bin ich Ihr ergebener

gez. v. Hindenburg.

Erste Lesung der Aufwertungsfrage im Reichstage.

vdz. **Berlin**, 8. Mai 1925.

Am Regierungstische: Reichsfinanzminister v. Schlieben, Reichsjustizminister Dr. Frenken.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Die Aufwertungsvorlagen.

Auf der Tagesordnung steht die **erste Lesung der Aufwertungsgesetze.**

Abg. **Keil** (Soz.) drängt als erster Redner auf **möglichst rasche Erledigung** der Vorlagen und **warnt vor jeder Verschleppung und Verzögerung.** Es sei schon an sich außerordentlich bedauerlich, daß die Regierungsvorlagen so spät eingegangen seien, und daß der Aufwertungsausschuß so lange darauf gewartet habe, ohne selbst energisch vorzugehen. Auch der sozialdemokratische Antrag, der die Glücklichen, die die Inflationszeit ohne Verluste oder gar mit Gewinn überstanden hätten, zu Opfern für die Unglücklichen, die alles verloren haben, heranziehen will, sei leider erst verspätet angenommen worden. Nun müsse aber das Aufwertungsproblem schleunigst gelöst werden und die Vorlagen noch vor dem 30. Juni zur Erledigung kommen. Die Sozialdemokratie würde sich auf keinen Fall auf eine Hinausschiebung dieses Termins einlassen. Jetzt müsse die Flut der Tränen eingedämmt werden. Jede Stunde, die dem hungernden Greise und der hungernden Witwe weiter in ihrer Not auferlegt werde, vermehre das Schuldkonto des Reichstags. In der Inflationszeit seien weite Kreise des Mittelstandes einfach zermalmt worden. Die Gläubiger und Sparer haben sich zum großen Teil bei den letzten Wahlen irreführen lassen. Der Name Hindenburg bedeute jetzt für diese Kreise die tiefste Enttäuschung. **Die Schuld tragen diejenigen, die den Namen Hindenburgs für ihre Machtgelüste mißbraucht haben.** Die Regierung habe gegen die individuelle Aufwertungsmethode stichhaltige Gründe bisher nicht anführen können. Sollte es aber bei der schematischen Aufwertungsmethode bleiben, dann müßte der Höchstsatz der Aufwertung erheblich über 25 Prozent hinausgehen. Für leistungsschwache Gläubiger könnten Ermäßigungen zugelassen werden. **Die Mittel für eine erhöhte Aufwertung könnten aufgebracht werden durch eine Besteuerung der Inflationsgewinne.** Der deutschnationale Abgeordnete Best habe von der Regierungsvorlage gesagt, sie atme den Geist des internationalen Großkapitals und der sittlichen Verwilderung. (Hört! hört! links.) Den Gläubigern und Sparern müsse geholfen werden nicht im Parteiinteresse, sondern im Interesse der Gerechtigkeit. (Beifall b. d. Soz. und auf den Tribünen, Lachen rechts.)

Abg. **Hergt** (dnat.) erkennt in einer kurzen Erklärung an, daß die Regierung auch auf dem Standpunkt der Aufwertungsnotwendigkeit stehe. Ihre Vorschläge seien aber noch nach verschiedenen Richtungen verbesserungsbedürftig. Die Deutschnationalen seien zu verständiger Mitarbeit im Aufwertungsausschuß bereit und werden sich dabei der größten Zurückhaltung befleißigen, um **dieses bedeutsame Gesetzgebungswerk dem Parteistreit zu entziehen und seine schleunige Verabschiedung zu fördern.** (Beifall rechts. Gelächter links.)

Abg. **Dr. Schetter** (Ztr.) weist in einer Erklärung seiner Partei ebenfalls auf die Notwendigkeit der raschen Verabschiedung der Aufwertungsgesetze hin. Mit der Vorlegung der Gesetzentwürfe sei endlich der erste Schritt zur Lösung einer vielumstrittenen Frage geschehen. Die Zentrumspartei lege getreu ihrer bisherigen Stellungnahme Wert darauf, daß gerade die sozialpolitischen Belange in den Vordergrund gestellt und wirtschaftliche Erwägungen nur soweit berücksichtigt werden, als es zur Aufrechterhaltung der gesamten Wirtschaft unabweisbar notwendig ist. Weit enger als das Aufwertungsgesetz sei der Entwurf über die Anleiheablösung mit dem Steuerproblem verwachsen. Bedenklich sei es hier, die Vorschriften für das Reich ebenso schematisch auf die Länder anzuwenden, deren Leistungsfähigkeit einer gründlichen Nachprüfung bedürfe. Bei ernster Arbeit im Ausschuß werde eine im Interesse des sozialen Friedens und des Aufstiegs unseres Wirtschaftslebens gelegene befriedigende Regelung erreichbar sein. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Dr. Wunderlich** (DVp.) verliest eine in ähnlichem Sinne gehaltene Erklärung der Deutschen Volkspartei, eine alle Teile befriedigende Lösung werde sich kaum erreichen lassen, denn bei aller Anerkennung der berechtigten Forderungen der durch die Inflation Geschädigten müsse auch **darüber gewacht** werden, **daß die Stabilität der Währung nicht von neuem gefährdet** werde. Der Ausschuß müsse rasche und gute Arbeit leisten.

Abg. **Korsch** (Kom.) spricht diesem Reichstag die Fähigkeit ab, eine befriedigende Lösung zu finden. Er ruft den Sparern und Gläubigern zu: Laßt alle Hoffnung fahren! Eine Verzinsung der Reichsanleihen sei in den nächsten hundert Jahren nicht zu erwarten.

Abg. **Dietrich**-Baden (Dem.) bedauert die Inhaltlosigkeit der Erklärungen der Rechtsparteien. Leider sei die Forderung der Einzelaufwertung fallen gelassen worden. Es sei gewiß bedauerlich, daß so viele ihr Geld verloren haben, noch schlimmer aber sei es, daß man diesen Armen jahrelang Unerfüllbares vorgegaukelt habe. Der Redner richtet in dieser Hinsicht besondere Angriffe gegen den Abg. Hergt. Wesentliche Verbesserungen der jetzigen Vorlagen seien notwendig. Die vorgesehene komplizierte Regelung würde unerträgliche Rechtszustände schaffen. Bei den Sparkassen sollte eine bestimmte Summe aufgewertet werden. **Auf keinen Fall dürfen Spekulationsbesitzer ebenso behandelt werden wie die Altbesitzer.** Angesichts der Tatsache, daß gerade die Spekulation Elend und Not in Deutschland verschuldet hat, werden wir nie die Hand zu einer solchen Regelung bieten. **Die Vermögenszuwachs- und Vermögenserhaltungssteuer sollte möglichst bald eingeführt werden.** Eine solche Vorlage würde wesentlich zur Beruhigung beitragen. An eine neue Inflation sei nicht zu denken. Das Endresultat werde sein, daß die demokratische Partei mehr leiste als die Rechtsparteien.

Abg. **Dr. Jörissen** (Wirtschaftl. Vereinigg.) tritt **für Aufwertung im weitesten Maße** ein. Treu und Glauben müßten wieder hergestellt werden. Gleichzeitig mit der Aufwertung müssen aber die Fragen des Finanzausgleichs und der Wohnungszwangswirtschaft geregelt werden.

Abg. **Emminger** (Bayr. Vp.) erkennt an, daß die Vorlagen einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der früheren Stellungnahme der Regierung bedeuten. Im Ausschuß wird noch über die Höhe der Aufwertung zu reden sein.

Abg. **Seifert** (Völk.) bedauert, daß die Deutschnationalen nicht daran denken, ihre Wahlversprechungen zu halten. Sie seien von der Regierung anscheinend kräftig bearbeitet worden. Der Redner erhebt **Einspruch gegen die beabsichtigte Verewigung der Mietzinssteuer.** Deutschland müsse wieder ehrlich werden.

Abg. **Dr. Feder** (Nat.-Soz.) glaubt, daß ein Zug müder Resignation durch die neuen Finanzgesetze hindurch gehe. Die Vorlagen seien keine Aufwertungs-, sondern Abwertungsgesetze.

Damit schließt die Aussprache. **Die Vorlagen werden dem Aufwertungsausschuß überwiesen.**

Das Haus vertagt sich.

Sonnabend 12 Uhr: Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Schluß 7¼ Uhr.

Das Mißtrauensvotum im Preußischen Landtag abgelehnt.

vdz. **Berlin.** Die mit größter Spannung erwartete Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Braun ist gestern im Preußischen Landtage gefallen.

Das von den Deutschnationalen beantragte Mißtrauensvotum ist mit 222 gegen 216 Stimmen abgelehnt worden.

Die Sitzung war am 30. April auf gestern 1 Uhr nachmittags angesetzt worden. Vor der Sitzung tagte der Aeltestenrat und kam mit überwiegender Mehrheit zu dem Entschluß, dem Hause die Vertagung, d. h. die Verschiebung der Abstimmung auf 5 Uhr vorzuschlagen. Gegen diesen alsbald nach der um 1¼ Uhr erfolgten Eröffnung der Sitzung vom Präsidenten dem Plenum gemachten Vorschlag traten **Pieck** namens der Kommunisten und **v. d. Osten** namens der Deutschnationalen mit großer Lebhaftigkeit in die Schranken, und **forderten die sofortige Auflösung des Landtags,** die den einzigen Ausweg aus der schon in dem fünften Monat schleichenden Regierungskrise weise. Die große Mehrheit beschloß indessen die **Vertagung.**

In der vierstündigen Pause tagten nochmals die Fraktionen, um zu Vertrauensfragen Stellung zu nehmen. Die Sitzung wurde um 5¼ Uhr wiedereröffnet und nunmehr die Abstimmung vorgenommen, nachdem vorher ein Antrag der Kommunisten, eine auf die bevorstehende Entscheidung bezügliche Erklärung verlesen zu dürfen, gegen die Stimmen der Kommunisten und der deutschvölkischen Freiheitspartei abgelehnt worden war, wie schon vorher der Präsident Bartels die Verlesung abgelehnt hatte, da die Erklärung nach seiner Auffassung auf die bereits geschlossene Debatte zurückgriff.

Das um 5,45 Uhr verkündete Abstimmungsergebnis rief im ganzen Hause anhaltende Erregung hervor, sodaß die sachlichen Erörterungen, die den nachfolgenden Gegenständen der Tagesordnung galten, kaum Beachtung fanden.

Das Haus verwies die Novelle zum Beamtendiensteinkommensgesetz an den Beamtenausschuß und nahm dann die am 1. April begonnene zweite Lesung der Novelle zum Schutzpolizeibeamtengesetz wieder auf, um sie um 7 Uhr abzubrechen und die Fortsetzung auf heute Sonnabend 11 Uhr zu vertagen. Außerdem kommen Urananträge und kleinere Vorlagen zur Beratung.

Um die Räumung der nördlichen Rheinlandzone.

Berlin. Die Reichsregierung hat durch die deutschen diplomatischen Vertreter in London, Paris und Brüssel in der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone eine Demarche unternehmen lassen. Die deutschen Botschafter sind beauftragt worden, die alliierten Regierungen darauf hinzuweisen, daß Frankreich nicht in der Lage sein wird, irgendwelche Entscheidungen in der Sicherheitsfrage zu treffen, bevor nicht ein endgültiger Termin für die Räumung der nördlichen Rheinlandzone festgesetzt worden ist. Die deutsche Regierung sei ihrerseits bereit, alle alliierten Forderungen in der Abrüstungsfrage eingehend zu prüfen, wenn die Gewähr dafür geschaffen werde, daß die nördliche Rheinlandzone in kürzester Frist geräumt werden wird.